

THESENPAPIER

INKLUSIVES WACHSTUM!

FÜR EINE NEUE VERBINDUNG VON ZUKUNFTSGERICHTETER PRODUKTIVITÄT UND SOZIALER TEILHABE

1. JUNI 2018

EDITORIAL

Das Progressive Zentrum und die Bertelsmann Stiftung haben im Sommer 2016 ein Experiment gewagt: Kann es gelingen, VertreterInnen unterschiedlicher demokratischer Denkrichtungen über einen längeren Zeitraum in einen offenen und kontroversen, gleichzeitig aber auch konstruktiven Austausch zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft zu bringen?

Das Experiment ist gelungen! Über zwei Jahre haben namhafte VordenkerInnen aus dem Umfeld von CDU/CSU, SPD, FDP, den Grünen und der Linken über die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells diskutiert. Die Leitfrage war dabei stets: Welche Rolle kann das Konzept eines Inklusiven Wachstums für eine Neujustierung der Sozialen Marktwirtschaft spielen?

Aus diesem Prozess ist bislang nicht nur ein Diskussionspapier, sondern auch eine Reihe von Essaybänden hervorgegangen, in denen individuelle Meinungsbeiträge unterschiedlichster Thematik veröffentlicht wurden. Die Gruppe selbst ist nun einen entscheidenden Schritt weitergegangen und hat dieses gemeinsame Thesenpapier als Kondensat der geführten Diskussionen, aber auch der gemeinsamen Positionen verfasst.

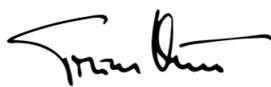
Wir bedanken uns ganz ausdrücklich bei allen beteiligten DenkerInnen und ImpulsgeberInnen, die die Debatten kontrovers, aber konstruktiv geführt und mit spannenden Impulsen bereichert haben.

Weiterhin bedanken wir uns ganz herzlich bei Dominic Schwickert, Manuel Gath, Henrik Brinkmann und Armando García-Schmidt, die diesen spannenden und parteiübergreifenden Prozess koordiniert haben.

Viel Spaß bei der Lektüre wünschen

**ANDREAS ESCHÉ**

Director, Programm Megatrends
Bertelsmann Stiftung

**TOBIAS DÜRR**

Vorsitzender
Das Progressive Zentrum

AUF EINEN BLICK

Deutschlands Wirtschaft ist so stark wie lange nicht, aber mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe steht auch die Bundesrepublik vor großen Herausforderungen. Das wird durch wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Umbrüche, auf die wir uns vorbereiten müssen, noch verstärkt. Die Soziale Marktwirtschaft hat immer wieder Anstrengungen unternommen, sich zu erneuern, hat aktuell aber unbestritten Veränderungsbedarf. Das Ziel ist ein inklusives Wachstum: Möglichst alle Menschen sollen am Erwerbsleben wie am gesellschaftlich-sozialen Leben teilhaben und vom Wachstum profitieren. Technologischer Fortschritt muss auch sozialen und ökologischen Fortschritt schaffen, von dem alle profitieren. Eine gute gesellschaftliche und ökonomische Ordnung ist die Bedingung dafür, dass allen Menschen gleichermaßen

Freiheit, Chancen auf Teilhabe und sozialer Aufstieg ermöglicht werden kann. Diese Möglichkeiten wahrzunehmen und wahrnehmen zu können ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und damit auch verantwortungsvollen Leben in unserer Gesellschaft. Dafür müssen bestehende Defizite korrigiert und absehbare Probleme bereits jetzt angegangen werden. Es gibt viele gute Ideen für strukturelle Reformen: von Investitionen in öffentliche Räume und Chancengerechtigkeit über den Abbau von Vermögensungleichheit bis hin zur Förderung sozialer Unternehmensmodelle.

Über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren haben die Bertelsmann Stiftung und Das Progressive Zentrum Diskussionen mit Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geführt.

Über sechs zentrale Themen wurde gesprochen:

1. TEILHABE DURCH ÖFFENTLICHE KOOPERATION:
In öffentliche Räume und Netze investieren!

2. SOZIALE UNGLEICHHEIT ALS CHANCENKILLER:
Teilhabe und soziale Mobilität zum Regelfall machen!

3. INVESTITIONEN GEGEN DIE NEUE UNGLEICHHEIT:
Für eine neue Vermögensförderung und die Universalisierung sozialer Sicherung!

4. VOM SHAREHOLDER ZUM STAKEHOLDER:
Unternehmerische Verantwortung stärken!

5. INDUSTRIE UND DIENSTLEISTUNGEN ZUSAMMEN DENKEN:
Innovation in Wirtschaft und (Aus-)Bildung fördern!

6. NACHHALTIGKEIT UND INNOVATION VORANTREIBEN:
Ökologische und soziale Frage verbinden!

18 Thesen haben die beteiligten ExpertInnen daraus abgeleitet. Sie sollen der Diskussion um eine gute Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Teilhabegerechtigkeit für alle Menschen neuen Schwung verleihen.

Diese DenkerInnenrunde war Ausgangspunkt eines Laborexperiments: Wir haben bewusst parteiübergreifend und kontrovers diskutiert. Die Gruppe hat sich auf die

Suche nach einem möglichen parteiübergreifend anschlussfähigen Verständnis von sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt gemacht. Die Thesen sollen Beiträge zu einem offenen und öffentlichen Dialog sein. Wie inklusives Wachstum gelingt, wird international wie national rege diskutiert. Auch unsere Diskussion sollte nicht auf Deutschland beschränkt bleiben, sondern ebenso in anderen europäischen Ländern geführt werden.

DAS PROJEKT IN ZAHLEN:



WARUM INKLUSIVES WACHSTUM?

Deutschlands Bruttoinlandsprodukt, die Exportquote, die Beschäftigungsentwicklung und das Steueraufkommen zeichnen das Bild einer starken Volkswirtschaft. Unsere Gesellschaft hingegen gibt kein so einheitliches Bild ab: Einkommen und besonders Vermögen liegen bedenklich weit auseinander, die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft haben immer weniger miteinander zu tun, und die soziale Mobilität nimmt ab. Die Chancen im Leben hängen erheblich von der sozialen Herkunft ab. Das Gefälle zwischen prosperierenden Ballungszentren und strukturschwachen Regionen wächst. Und es ist fraglich, inwieweit unsere Produktivitätsbasis für die ökologischen und digitalen Herausforderungen der Zukunft gewappnet ist.

Wir haben uns deshalb gefragt, wie wir zukunftsgerichtete Produktivität mit sozialer Teilhabe verbinden können. Ordnungs- und Infrastrukturpolitik muss ökonomische Dyna-

mik ermöglichen und zugleich die allgemeinen Teilhabemöglichkeiten der Menschen stärken. Gelebte Freiheit für alle setzt in vielerlei Hinsicht eine starke Ökonomie voraus. Eine starke Ökonomie muss sich umgekehrt messen am sozialen Fortschritt, an den Teilhabe- und Lebensmöglichkeiten aller. Deshalb machen wir „Inklusives Wachstum“ zur Leitfigur.

So unterschiedlich die TeilnehmerInnen unseres Gedankenaustauschs waren, so unterschiedlich waren auch die politischen Perspektiven: von wertkonservativ über freiheitsorientiert und ökologisch -links bis zu politisch liberal. Entsprechend fielen die Antworten unterschiedlich aus. Auffällig jedoch war, dass wir in zentralen Fragen darin übereinstimmten, dass gehandelt werden muss. Deshalb eint uns die Hoffnung, dass wir mit unserem gemeinsamen Impuls auf breite gesellschaftliche wie politische Unterstützung treffen.

„Wir brauchen jetzt einen politischen Anlauf, bei dem die Stärkung nachhaltiger Produktivität und öffentlicher Infrastrukturen der Teilhabe Hand in Hand gehen. Inklusives Wachstum jetzt!“

PETER SILLER, HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG



Wichtige Bedingungen für die Verbindung von Produktivität und Teilhabe wurden bereits in der Nachkriegszeit formuliert und gelten bis heute: Die Soziale Marktwirtschaft verlangt fairen Wettbewerb ohne ökonomische Machtkonzentration, gerechte Sozialpartnerschaft, die Internalisierung externer gesellschaftlicher Kosten, gleiche Bildungschancen wie auch die allgemeine Möglichkeit, Eigentum aufzubauen. Heute haben sich aber die Voraussetzungen geändert, deswegen brauchen wir eine Neubegründung der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft: Wie lässt sich die extreme Machtkonzentration digitaler Player eindämmen? Wie können wir die Erosion der Sozialpartnerschaft in zahlreichen Branchen aufhalten und diese Form der Kooperation neu stärken? Wie kann es gelingen, dass Preise die ökologische und soziale Wahrheit sprechen? Wie kommen wir zu einer allgemeinen Bildungsteilhabe, die Lebenschancen unabhängig von der sozialen Herkunft eröffnet, anstatt sie bereits in den frühen Lebensjahren für viele zu verschließen? Und wie kommen wir zu einer Ordnung, in der bezahlbarer und gut angeschlossener Wohnraum für alle sichergestellt ist? Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung wird es nur geben, wenn diese Fragen glaubhaft beantwortet werden.

Hinzu kommen neue wichtige Anforderungen an eine gesellschaftliche und ökonomische Ordnung auf der Höhe der Zeit, die Produktivität und Teilhabe verbindet: Wie reagieren wir politisch klug auf die weitreichende ökonomische Entgrenzung im Zuge der Globalisierung? Wie gestalten wir den fortgeschrittenen europäischen Wirtschafts- und Finanzraum? Wie bremsen wir den bereits jetzt irreversiblen Klimawandel? Wie gehen wir mit der radikalen Veränderung von Produktionsweisen und Erwerbsmodellen durch die Digitalisierung um, wie mit der grundlegenden Veränderung der demografischen Altersstruktur? Wie kann aus technologisch-wirtschaftlichem Fortschritt auch sozialer und ökologischer Fortschritt werden?

Es wird immer deutlicher, dass es soziale und demokratische Teilhabe nur geben kann, wenn wir den öffentlichen Raum und die öffentlichen Netze stärken. Teilhabe braucht – gegen den Trend der Segregation – öffentliche Zugänge und öffentliche Begegnung, braucht starke und erneuerte öffentliche Infrastrukturen: von der Bildung über den Stadtteil bis zu Kultur und Sport, von der Energie über die Mobilität bis hin zu digitaler Vernetzung. Viele dieser öffentlichen Infrastruk-

turen sind nicht nur gesellschaftlich notwendig. Sie sind auch Voraussetzung für die zukunftsgerichtete Produktivität, auf der unser gesellschaftlicher Wohlstand fußt. Dabei geht es um Räume, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft aufeinandertreffen – mit jeweils eigenen Interessen und Vorstellungen vom Allgemeinwohl. Dies zu fördern, ist ein entscheidender Aspekt unserer Initiative.

Mit Inklusivem Wachstum knüpfen wir an einen internationalen Diskurs an, der spürbar an Kraft und Einfluss gewinnt: Inclusive Growth – inklusives, also einschließendes, Teilhabe förderndes Wachstum. Unser Konsens lautet: Eine gute Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft muss Teilhabe und Lebenschancen für möglichst viele Menschen schaffen. Da-

für bedarf es zum einen innovativer „Mehrwertschöpfung“ und einer ökologischen und digitalen Modernisierung unserer industriellen Basis, zum anderen massiver Investitionen in inklusive Institutionen und Infrastrukturen, in unsere öffentlichen Räume und Netze, sowie in moderne und zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme.

Unsere Vorschläge sind weder vollständig noch perfekt, sie sind Beiträge zu einem offenen und öffentlichen Dialog. Wir wollen mit diesem Angebot auch das Gespräch mit anderen EuropäerInnen suchen, über die Chancen, die Europa wirtschaftlich, sozial und kulturell bietet – und über die es eines europäischen Dialogs bedarf.

TEILHABE DURCH ÖFFENTLICHE KOOPERATION: IN ÖFFENTLICHE RÄUME UND NETZE INVESTIEREN!

Teilhabe beginnt mit dem Zugang zu den öffentlichen Räumen und Netzen, in denen die entscheidenden Güter für ein selbstbestimmtes Leben erhältlich sind: von der Bildung über die Stadtteilentwicklung bis zu Kultur und Sport, von Naturräumen über die Mobilität bis zur digitalen Vernetzung. Doch gerade hier versäumen wir es sträflich zu investieren – Geld und unsere Ideen. Unsere öffentlichen Infrastrukturen sind teilweise marode. Sie sind weder auf die ökologischen noch auf die di-

gitalen Umwälzungen hinreichend vorbereitet. Im Sinne inklusiver Produktivität müssen wir unsere öffentlichen Infrastrukturen dringend stärken und erneuern. Öffentliche Räume und Netze sind angewiesen auf öffentliche Gewährleistung, die verantwortungsvolle Beteiligung der BürgerInnen wie auch ein ökonomisches Fundament für inklusives Wachstum, in der Bundesrepublik, wie auch in Europa.

- THESE 1 -

Ausgaben für öffentliche Infrastrukturen sind eine politische Priorität. Gefragt sind massive und gezielte Investitionen in Aufbau, Erhalt und Qualität von inklusiven Räumen und Netzen. Diese dürfen nicht länger dem Verfall überlassen bleiben. Das ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, schafft aber auch langfristig ökonomische Grundlagen. Die Europäische Union sollte zudem öffentliche Räume und Netze durch eine gemeinsame Initiative stärken.

- THESE 2 -

Öffentliche Infrastrukturen sind mehr als Beton und Kupfer, Gehäuse und Leitungen. Gefragt sind auch Investitionen in die inklusive Qualität von Bildungseinrichtungen oder öffentlichen Plätzen, von hochwertigen Naturräumen und guter Mobilität.

- THESE 3 -

Neben digitalen Netzen spielen auch digitale Räume eine immer größere Rolle. Sie sollten der öffentlichen Begegnung und Debatte dienen und nicht nur Echokammern sein, in denen sich Vorurteile und festgefahrenen Meinungen verstetigen. Auch dieser Bereich braucht einen „öffentlich-rechtlichen“ Ordnungsrahmen und entsprechende Investitionen.

„Wir brauchen inklusive und öffentlich zugängliche Räume zur Begegnung mit uns unbekanntem Menschen, um den Umgang mit Diversität lernen und leben zu können.“

SABINE MEIER, UNIVERSITÄT SIEGEN



©Huy Phan

SOZIALE UNGLEICHHEIT ALS CHANCENKILLER: TEILHABE UND SOZIALE MOBILITÄT ZUM REGELFALL MACHEN!

Soziale Ungleichheit ist ein vielschichtiges Phänomen und passt nicht in ein Schwarz-Weiß-Schema. Ein hoher Beschäftigungsstand in der deutschen Wirtschaft zum Beispiel ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Menschen aus eigener Kraft Einkommen erzielen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Doch zwischen Ungleichheit und sozialer Mobilität gibt es schwierige Wechselwirkungen: Wer am unteren sozialen Ende steht, hat auch bei hoher Beschäftigungsrate schlechte Aufstiegschancen. Damit verstetigt sich soziale

Ungleichheit. Inklusives Wachstum braucht faire Prozesse und Strukturen, die die Teilhabe aller ermöglichen. Dazu gehört angesichts der enormen Veränderungen unserer Zeit letztlich auch, dass Menschen sich auf individualisierte soziale Sicherungssysteme verlassen können. Neben Globalisierung und demographischem Wandel haben Digitalisierung und Ökologisierung erhebliche Auswirkungen auf Erwerbsarbeit und Wertschöpfung. Manche Wirtschaftssparten wandeln sich grundsätzlich, andere werden gänzlich obsolet.

„Die Soziale Marktwirtschaft lebt von fortlaufender Veränderung. Damit diese Veränderung inklusiv von allen gestaltet werden kann, muss auch ökonomische Bildung für alle in den Fokus rücken.“

NILS GOLDSCHMIDT, AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT



- THESE 4 -

Inklusives Wachstum erfordert die Möglichkeit, ein Leben lang sozial mobil zu sein, also aufsteigen zu können. Dafür brauchen wir eine Kultur des Scheiterns, die Chancen aufrechterhält und so gut es geht fördert – im besten Fall strukturell und dauerhaft.

- THESE 5 -

Eine Wirtschaft im Wandel verlangt anpassungsfähige soziale Sicherungssysteme. Um diese dauerhaft innovativ und reformfähig zu halten, müssen regelmäßig neue Lösungen gefunden werden, weil auch die Beschäftigungsverhältnisse sich laufend verändern. Es ist Aufgabe vorausschauender Politik, individuelle Absicherung und Förderung von Lebens- und Arbeitslagen in kollektive Strukturen einzubetten.

- THESE 6 -

Inklusives Wachstum braucht weit mehr als Individualtransfers, es braucht eine kluge Mischung aus qualitativ hochwertiger, allen zugänglicher öffentlicher Infrastruktur, anpassungsfähigen sozialen Sicherungssystemen, dynamischen und verantwortungsvollen Unternehmen sowie einer intakten Sozialpartnerschaft.

INVESTITIONEN GEGEN DIE NEUE UNGLEICHHEIT: FÜR EINE NEUE VERMÖGENSFÖRDERUNG UND DIE UNIVERSALISIERUNG SOZIALER SICHERUNG!

Inklusives Wachstum braucht eine ökonomisch solide und ausgeglichene Primärverteilung. Darüber hinaus kommt es immer mehr darauf an, dass Menschen über mehr als rein monetäres Kapital verfügen. Vermögensaufbau zu erleichtern und Ungleichgewichte zu verringern, das wird

künftig nicht allein durch die enge Orientierung auf den Aufbau von Vermögenswerten (assets) gelingen. Die Politik sollte die BürgerInnen durch öffentliche Investitionen in die Lage versetzen, aktiv etwas tun und erreichen zu können, also in diesem Sinne etwas zu vermögen (ability).

- THESE 7 -

Die Tarifpartnerschaft spielt eine zentrale Rolle bei der gerechten Verteilung von Einkommen in Deutschland. Deshalb ist es problematisch, wenn Wertschöpfungsprozesse und Erwerbsleben sich verändern und die traditionellen Strukturen unter Druck geraten. Vor allem in bestimmten Dienstleistungsbereichen besteht die Gefahr, dass Markt und Staat an die Stelle der geschwächten Sozialpartner treten. Ziel sollte aber sein, dass ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen sich weiterhin auf Augenhöhe selbst organisieren. Dafür kann der Staat unterstützende Rahmenbedingungen schaffen; die Sozialpartner müssen aber zugleich ihre Attraktivität erhöhen.



©Pixabay / Awaya Legends

- THESE 8 -

Innovationsprozesse werden schneller, Wertschöpfungszyklen kürzer, disruptive Brüche nehmen zu. Die Stellung des Individuums im ökonomischen Leben ändert sich. Was die Gesellschaft dem einzelnen heute als Bildungskapital einmalig mit auf den Weg gibt – schulische und berufliche Bildung –, reicht für ein solches Leben nicht mehr aus. Auch mit lebenslangem Lernen allein ist es nicht getan, so wichtig es ist. Menschen müssen in der Lage sein, ein eigenständiges Erwerbsmodell aufzubauen und bei Bedarf anzupassen. Hierfür sollten öffentliche Räume vielfältiger Art mit ebenso vielfältigen öffentlichen Dienstleistungen einen Rahmen bieten.

- THESE 9 -

Die sozialen Sicherungssysteme müssen institutionell und strukturell erneuert werden, damit sie auch unter veränderten ökonomischen, technologischen und kulturellen Bedingungen leistungsfähig bleiben. Die alleinige Bindung an das bisherige Normalarbeitsverhältnis ist nicht mehr haltbar, jede Vergütung von Arbeits- bzw. Dienstleistungen in Vertragsverhältnissen sollte mit paritätischen Abführungen an die Systeme des Sozialstaates verbunden werden. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist in vielerlei Hinsicht problematisch, eine Art garantiertes Mindesteinkommen für Erwerbstätige aber erscheint sinnvoll.

VOM SHAREHOLDER ZUM STAKEHOLDER: UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG STÄRKEN!

Eine dynamische Gesellschaft mit guter, zukunftsfähiger Arbeit ist auf UnternehmerInnenpersönlichkeiten angewiesen, die Mut und Risikobereitschaft mit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verantwortung verknüpfen. Leistung in diesem Sinne bemisst sich nicht als kurzfristiger Profit, sondern als langfristig verantwortete

Schöpfung von einem Mehrwert für alle Beteiligten und Betroffenen. Diese zeitlose Vorstellung von Leistung ist ein gutes Stück verloren gegangen – sie bleibt aber auch unter den Bedingungen des technologischen und gesellschaftlichen Wandels eine grundlegende Bedingung an inklusives, teilhabeorientiertes Wachstum.

- THESE 10 -

Inklusives Wachstum braucht mehr Menschen, die bereit sind, für eine Unternehmensidee in die Verantwortung und damit auch ins Risiko zu gehen. Staatliche Ordnungspolitik und finanzielle Förderungen, aber auch private Banken, müssen sich auf neue Wege begeben: bei der Ausrichtung auf bislang vernachlässigte Gründergruppen wie Frauen oder MigrantInnen, durch eine Fokussierung auf technische und soziale Innovationen und bei der Suche nach unkonventionellen Lösungen für die Nachfolge.

- THESE 11 -

Viele neue, junge GründerInnen verstehen sich als Social Entrepreneurs und verschieben bewusst die Grenze zwischen Non-Profit und Profit, indem sie die problemlösende, gesellschaftliche Wirkung in den Vordergrund stellen. Eine Öffnung der traditionellen Förderstrukturen für solche Start-Ups würde helfen, dieses unternehmerische und gesellschaftliche Potential besser auszuschöpfen.



- THESE 12 -

Gesellschaftliche Probleme werden strukturell komplexer. Wir wollen Netzwerke zwischen Zivilgesellschaft, Unternehmen und Staat stärken, die umfassende, weil systemische Lösungen möglich machen. Soziale Marktwirtschaft verbindet das Prinzip des fairen Wettbewerbs mit dem der partnerschaftlichen Kooperation. Compliance, Philanthropie oder auf Öffentlichkeitsarbeit reduzierte Sozialverantwortung reichen dafür nicht aus. Unternehmen müssen sich dafür verantworten, welche Auswirkungen ihre Geschäftsmodelle und Mehrwertschöpfungsprozesse auf Beteiligte und Betroffene haben. Das braucht nicht nur verantwortliche UnternehmerInnen und GewerkschaftsführerInnen, sondern auch unternehmerisch handelnde Angestellte und InnovatorInnen in agilen Unternehmen.



© Igor Ovsyannykov

INDUSTRIE UND DIENSTLEISTUNGEN ZUSAMMEN DENKEN: INNOVATION IN WIRTSCHAFT UND (AUS-)BILDUNG FÖRDERN!

Industrie und Dienstleistungen sind in der deutschen Wirtschaft eng verbunden. Industrienahen Dienstleistungen sind Teil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fundaments. Diese enge Symbiose, über Jahrzehnte von staatlichen wie auch sozialpartnerschaftlichen Institutionen flankiert, hat es den traditionellen Industrien ermöglicht, sich technologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen und auf den

Weltmärkten wettbewerbsfähig zu bleiben. Zugleich sind damit auch Verwerfungen verbunden. Durch Outsourcing, Offshoring und die Entstehung einer Plattformökonomie etwa lässt sich häufig nicht mehr klar sagen, wer ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen ist, was einen Betrieb ausmacht und welche Verantwortung er trägt. Damit werden die Kernstrukturen unseres Sozial- und Verantwortungssystems aus den Angeln gehoben.

- THESE 13 -

Neue Formen von Industrie und Dienstleistungen können auf der bisherigen Erfolgsgeschichte aufbauen und inklusives Wachstum schaffen. Aber dafür brauchen sie eine neue Ordnungspolitik der inklusiven Wirtschaft, die sie fördert und begleitet. Das bedeutet vor allem, dass für die neuen Arbeitsverhältnisse passende Qualifikationen angeboten werden und dass auch für sie Tarifautonomie der Sozialpartner gilt.

- THESE 14 -

Eine exzellent qualifizierte und gut bezahlte FacharbeiterInnenschaft ist die Basis für das bundesrepublikanische Wirtschaftsmodell. Wir sollten deshalb nicht allein auf die akademische Bildung setzen, sondern verschiedenen Bildungs-, Ausbildungs- und Karrierewege fördern. Die duale Ausbildung sollte aufgewertet werden. Um sie attraktiver zu machen und Menschen individuelle Perspektiven zu bieten, muss noch flexibler auf technische und gesellschaftliche Veränderungen reagiert werden. Dies gilt für technische Berufe ebenso wie für soziale.

- THESE 15 -

Gesellschafts- und Sozialpolitik haben kulturelle Wurzeln, die nicht beliebig verändert werden können. Sozialpartnerschaft und soziale Kohäsion machen wirtschaftlichen Fortschritt nicht nur inklusiv, sie bieten auch handfeste Vorteile im globalen Wettbewerb. Diese teilhabefördernden Institutionen braucht es langfristig europaweit.

„Basis des Inklusiven Wachstums sind die ökologische Modernisierung der Wirtschaft, gut ausgebildete Fachkräfte, faire Arbeitsbeziehungen im Rahmen von Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft.“

WOLFGANG SCHROEDER, UNIVERSITÄT KASSEL



NACHHALTIGKEIT UND INNOVATION VORANTREIBEN: ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE FRAGE VERBINDEN!

Die Auswirkungen von Klimawandel und Umweltveränderungen werden immer stärker sichtbar, auch in unserem Alltagsleben. Eine Strategie des Inklusiven Wachstums ist ohne intakte ökologische Lebensgrundlagen und ohne ein stabiles Weltklima nicht möglich. Die ökologische ist gleich in zweifacher Hinsicht auch eine

soziale Frage: Zum einen streben wir Umweltgerechtigkeit an, also geringe Belastungen sowie Zugang zu Grünflächen auch für Menschen in einfachen Wohnlagen. Zum anderen gilt es, umweltpolitische Instrumente so auszugestalten, dass sie BürgerInnen mit niedrigem Einkommen nicht zu stark belasten.

- THESE 16 -

Eine inklusive und nachhaltige Ordnungspolitik muss konkreten Zielvorgaben jenseits von Laissez faire und dirigistischen Mikroeingriffen folgen. Die grundlegende Frage ist, wie Wettbewerb und Innovation sich für klima- und umweltpolitische Ziele nutzen lassen. Das kann durch ambitionierte Einspar- und Effizienzziele ebenso gelingen wie durch Top-Runner-Ansätze, also die Standardisierung der effizientesten Produkte.

- THESE 17 -

Der Schutz vor Umweltbelastungen darf nicht vom sozialen Status abhängen. Alle Menschen etwa müssen gleichermaßen vor Abgasen oder Lärm bewahrt werden. Ebenso wichtig ist, dass der Zugang zu grünen Bewegungs- und Erholungsräumen allen offen steht – nicht zuletzt, weil Umwelt ein öffentlicher Raum ist, der wichtige soziale Begegnungen ermöglicht.

- THESE 18 -

Die digitale Transformation der Ökonomie bietet ein großes Potenzial für mehr Nachhaltigkeit. Der ökologische und soziale Fortschritt muss aber politisch gestaltet werden. Dazu gehört auch gerechter Datenschutz für die BürgerInnen. Die einzelnen Sektoren sollten nicht länger getrennt, sondern übergreifend behandelt werden, etwa die Energie- und Verkehrswende. Auch sollten die nationalen wie europäischen Nachhaltigkeits- und Digitalstrategien verknüpft werden.

„Pragmatismus statt Dogmatismus: Das Spannungsverhältnis zwischen Lenkungswirkung von umweltpolitischen Maßnahmen und sozialen Folgen kann durch kluges Politikdesign verringert werden.“

JULIA HERTIN, SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR UMWELTFRAGEN



SCHLUSSBEMERKUNGEN

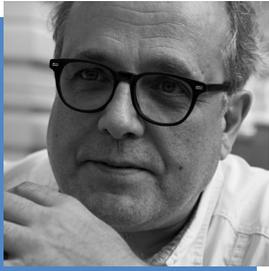
Politische VordenkerInnen aus allen etablierten politischen Richtungen in Deutschland haben zwei Jahre lang intensiv darüber debattiert, wie unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung reformiert werden muss. Unter uns sind Grüne, Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale und Linke. Unsere Diskussionen waren kontrovers, aber mit Blick auf ein gemeinsames Ziel umso fruchtbarer.

Das zentrale Ergebnis ist daher unser gemeinsames Ziel, dass soziale Inklusion, ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum Hand in Hand gehen müssen. Poli-

tik muss Teilhabe fördern sowie soziale, ökonomische und letztlich gesellschaftliche Ungleichheit auf allen Ebenen abbauen. Ein Inklusives Wachstum muss das Leitbild für eine Neujustierung der Sozialen Marktwirtschaft sein.

Die Ergebnisse dieser Debatten sollen nun als offener, aber konkreter Diskussionsimpuls in die Debatte über Inklusives Wachstum in Deutschland und Europa sowie die Diskussionen über die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, eingebracht werden.

AUTOR/INNEN



THOMAS FALKNER

Grundsatzreferent der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, ehem. Leiter des Bereiches Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS.



CHRISTOPHER GOHL

Forscher am Weltethos-Institut Tübingen, ehem. Leiter der Abteilung „Politische Planung, Programm und Analyse“ im Thomas-Dehler-Haus der FDP und dort verantwortlich für die Grundsatzdebatte.



NILS GOLDSCHMIDT

Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung am Zentrum für ökonomische Bildung der Universität Siegen und Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.



JULIA HERTIN

Geschäftsführerin des Sachverständigenrates für Umweltfragen.



SABINE MEIER

Professorin für Räumliche Entwicklung und Inklusion an der Universität Siegen.



MATTHIAS SCHÄFER

Leiter des Teams Wirtschaftspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.



WOLFGANG SCHROEDER

Politikprofessor an der Universität Kassel, Mitglied der SPD-Grundwertekommission, ehem. Leiter der Grundsatzabteilung der IG Metall und ehem. Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium des Landes Brandenburg.



PETER SILLER

Leiter der Inlandsabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung, zuvor Mitglied im Planungsstab des Auswärtigen Amtes und geschäftsführender Vorsitzender der Grundsatzkommission von Bündnis 90/Die Grünen.

Aus dieser Zusammenarbeit von Bertelsmann Stiftung und Progressivem Zentrum im Rahmen des Projekts „Inclusive Growth“ sind neben diesem Thesenpapier auch noch weitere Publikationen hervorgegangen.

DISCUSSION PAPER

„DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN“



Die Autoren Manuel Gath, Dr. Bastian Jantz und Armando García-Schmidt schauen sich konstituierende Elemente der Sozialen Marktwirtschaft unter dem Brennglas an und identifizieren aktuelle Herausforderungen. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Leitidee eines „Inklusiven Wachstums“ an vielen Stellen zur Problemlösung beitragen kann. Davon können neue Impulse für die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert ausgehen.

ESSAYBÄNDE

„SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: ALL INCLUSIVE?“ 1-5



Im Rahmen mehrerer Diskussionsrunden mit politischen VordenkerInnen, WissenschaftlerInnen und UnternehmerInnen wurden Thesen, Positionen und Konzepte diskutiert. Das Leitbild einer inklusiven Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hat sich dabei als hilfreich erwiesen, um Diskussionen anzuregen und Denkanstöße zu geben, mit welchen Maßnahmen unser Wirtschaftsmodell zukunftsfest gemacht werden kann. Von der Bedeutung öffentlicher Räume über den Abbau von Ungleichheit bis hin zum vermeintlichen Konflikt zwischen Industrie und Dienstleistungen wird in diesen Essaybänden die gesamte Bandbreite wirtschaftspolitischer Reformthemen besprochen. Mit dabei sind lesenswerte Essays u.a. von Peter Siller, Katharina Zweig, Ute Fischer und Werner Abelshauer.

ANSPRECHPARTNER



ANDREAS ESCHÉ
Director
Programm Megatrends

BertelsmannStiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Tel.: +49 5241 81 81333
www.bertelsmann-stiftung.de



DOMINIC SCHWICKERT
Geschäftsführer



Werftstraße 3
10577 Berlin
Tel.: +49 30 400 542 55
www.progressives-zentrum.org

IMPRESSUM

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2018

Juni 2018

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,
Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Gestaltung: Daniel Menzel